

von dort entfernt werden sollten – nicht zuletzt, um Platz für die deutschen Neusiedler zu schaffen. Allein in den ersten zwei Jahren deutscher Besatzung wurden rund 365 000 Menschen in das „Generalgouvernement“ abgeschoben – zumeist in kurzfristig anberaumten, gewalttätigen Aktionen, ohne für erträgliche Transportbedingungen und erträgliche Existenzbedingungen am Bestimmungsort zu sorgen. Ebenso standen die Deportation der Juden und die Bildung der Ghettos in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Siedlungsplänen und bildeten gleichsam den Auftakt zur systematischen Vernichtung der polnischen Juden in den folgenden Jahren.

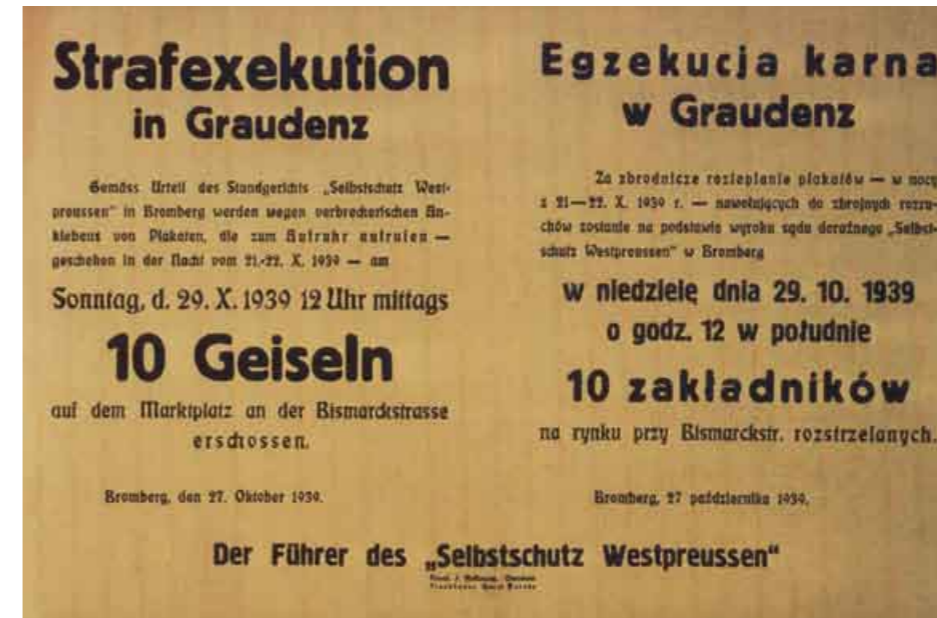
Durch die Erfordernisse der Kriegsführung sahen sich die Nationalsozialisten veranlasst, die Umsetzung ihrer Siedlungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspläne teilweise auf die Zeit nach dem erhofften Sieg zu verschieben. So wurde die Abschiebung von Polen aus den „eingegliederten Gebieten“ in das „Generalgouvernement“ 1941 gestoppt, um die Produktivität der polnischen Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen und Transportkapazitäten für den militärischen Aufmarsch gegen die Sowjetunion freizuhalten. Gleichwohl war im Deutschen Reich eine Reihe von Wissenschaftlern und Fachleuten damit beschäftigt, auch weiterhin Konzepte zur ethnischen Umgestaltung Osteuropas zu entwickeln. Der sog. „Generalplan Ost“, der im Auftrag Heinrich Himmlers entstand, sah die Einrichtung von „Siedlungsmarken“ unter der Oberhoheit der SS vor, darüber hinaus die Schaffung von 36 Siedlungsstützpunkten entlang der wichtigsten

Eisenbahnlinien und noch zu bauenden Autobahnen. War zunächst daran gedacht, einen Teil der einheimischen slawischen Bevölkerung in den Siedlungsmarken zu belassen, um sie als Arbeitskräfte auszubeuten, so bestand Himmler darauf, die fraglichen Gebiete „total einzudeutschen“. Doch selbst das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hegte Bedenken, 20 Millionen „rassisch unerwünschte Polen“ in Westsibirien „anzusetzen“, und hielt es für undurchführbar, sie wie die Juden zu „liquidieren“, weswegen es eine „freiwillige“ Auswanderung dieser Menschen nach Südamerika favorisierte. Der „Generalplan Ost“ blieb allerdings stets konfus und kam – aufs Ganze gesehen – nie über die Konzeptphase hinaus.

Dennoch wurden zumindest einige seiner Elemente bereits während des Krieges in Angriff genommen: Seit 1941 versuchte die SS – gleichsam als Pilotprojekt –, im Distrikt Lublin bei Zamość („Generalgouvernement“) ein neues deutsches Siedlungsgebiet zu schaffen. Dies war schon insofern ein fragwürdiges Unterfangen, als dass aus eben dieser Region nur ein Jahr zuvor rund 31 000 Deutschstämmige „Heim ins Reich“ geholt worden waren. Dennoch wurden erneut Zehntausende polnischer Familien aus ihren Häusern und von ihren Höfen vertrieben, um Platz für deutsche Siedler zu schaffen. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht, ihre Einwohner in KZ deportiert oder zur Zwangsarbeit ins Reich geschickt. Doch trotz des brutalen Vorgehens erwies sich das Experiment Zamość als Fehlschlag: Die wirtschaftliche Ausbeute der Region litt erheblich, und der Widerstand der

9 Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Litauen.

Eintreffen der Zwangsumgesiedelten an der ostpreußischen Grenze in Eydtkau. Propagandafoto, 1941.



10 Nach dem 1. September 1939 beteiligt sich der „volksdeutsche Selbstschutz“, eine aus Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen gebildete Hilfspolizei, an brutalen Repressionen.

polnischen Bevölkerung wuchs in einem Maße, dass den Besatzern die Kontrolle zu entgleiten drohte. Den rund 9 000 „Volksdeutschen“, die nach Zamość gebracht worden waren, gelang es nicht, sesshaft zu werden, und im Herbst 1943 musste das Projekt eingestellt werden.

Die deutsche Okkupation

Das deutsche Besatzungsregime war im hohen Maße von Willkür, Entrechtung und Gewalt gekennzeichnet. Diese als Unrecht wahrgenommenen Erfahrungen, waren für das künftige Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu „den Deutschen“ von entscheidender Bedeutung. Gleich in den ersten Monaten des Krieges wurden in Westpolen Zehntausende Polen hingerichtet – häufig unter dem Vorwand, Rache für die Ermordung von „Volksdeutschen“ zu Beginn des Krieges üben zu wollen, wohl eigentlich aber, um von vornherein jeglichen polnischen Widerstand zu brechen, denn Opfer waren meist Angehörige der gesellschaftlichen Elite: Beamte, Akademiker, Lehrer, Priester etc. Mitverantwortlich für diese Morde war der „Volksdeutsche Selbstschutz“, eine paramilitärische Organisation, die in Kreisen der deutschen Minderheit entstanden war und über die nötigen Ortskenntnisse verfügte. Die Begeisterung, mit der viele einheimische Deutsche die Okkupanten begrüßten, verstärkte das Misstrauen gegenüber der Minderheit. Darüber hinaus vertiefte die Diskriminierung der polnischen Bevölkerung die Kluft zu den Deutschen: Polen erhielten geringere Lebensmittelzuweisungen, durften bestimmte Verkehrsmittel nicht mehr benutzen, wurden schlechter bezahlt etc.

Gleichsam als provisorische deutsche Staatsbürgerschaft wurde die „Deutsche Volksliste“ eingeführt. Sie war einerseits Mittel zur Ausgrenzung der polnischen Bevölkerung, andererseits aber auch Instrument zur Eindeutschung der annektierten Gebiete. Mal wurde die Volksliste ideologisch-rassistisch, mal eher pragmatisch gehandhabt (z. B. um junge Männer als „Deutsche“ zur Wehrmacht rekrutieren zu können). Viele ließen sich aus eigenen Stücken in die „Volksliste“ eintragen, um auf diese Weise Repressionen und Benachteiligungen zu vermeiden. Insgesamt wurde dadurch eine recht verworrene Rechtslage geschaffen, die eine Unterscheidung

von „Polen“ und „Deutschen“ nach 1945 zusätzlich erschwerte (was über Verbleib oder Zwangsaussiedlung entschied).

Die Wirtschaftspolitik der deutschen Behörden zielte auf eine maximale Ausbeutung bzw. Ausplünderung der besetzten Gebiete. Dies betraf auch die Menschen: Rund 2,8 Millionen polnische Staatsbürger wurden bis Ende des Krieges zu Zwangsarbeiten herangezogen und zu diesem Zweck meist nach Deutschland verschleppt. Widerstand gegen die Besatzer wurde unbarmherzig geahndet.

Im Vergleich dazu scheint – auf den ersten Blick – die deutsche Herrschaft im „Protektorat Böhmen und Mähren“ weniger gewaltsam gewesen zu sein. Doch auch hier wurde die jüdische Bevölkerung unnachgiebig verfolgt, im „Ghetto“ Theresienstadt interniert oder in eines der in Polen befindlichen Vernichtungslager deportiert. Die deutschen Besatzer gingen mit äußerster Härte vor, wie z. B. die Zerstörung des Dorfes Lidice und die Erschießung bzw. Verschleppung seiner Einwohner zeigte, nachdem der „stellvertretende Reichsprotektor“ Reinhard Heydrich einem Attentat tschechischer Widerstandskämpfer zum Opfer gefallen war. Auch Böhmen und Mähren sollten langfristig annektiert und besiedelt, seine tschechische Bevölkerung entfernt, eingedeutscht oder umgebracht werden. Einstweilen benötigte man das „Protektorat“ jedoch als ruhiges Hinterland, insbesondere sein industrielles Potential, das es auf jeden Fall zu nutzen galt. Deswegen verschob man alle Pläne zur Umsiedlung und „Umvölkung“ von Deutschen bzw. Tschechen auf die Zeit nach einem „Endsieg“ und beschränkte sich darauf, die Arbeiter im „Protektorat“ ruhig zu halten und tschechische Widerstandsgruppen unnachgiebig zu bekämpfen.

Ostpolen zwischen sowjetischer und deutscher Besatzung

Im Gegensatz zu West- und Zentralpolen wurden die östlichen Gebiete des Landes zunächst nicht von Deutschland besetzt, da es nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 zur sowjetischen Interessensphäre zählte. Am 16./17. September 1939 marschierten hier sowjetische Truppen ein, unter dem Vorwand, nach dem Ende